

## Stellungnahme zur Ablehnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch den NATO-Rat

17. Dezember 2020

Am 15. Dezember 2020 veröffentlichte die NATO eine Erklärung des NATO-Rates zum Atomwaffenverbotsvertrag (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, TPNW).

Darin wird der von nun über 50 Staaten ratifizierte Atomwaffenverbotsvertrag rigoros von den 30 NATO-Staaten abgelehnt, darunter die Nuklearwaffenstaaten USA, Frankreich und Großbritannien, die ihren Abrüstungsverpflichtungen selbst nicht mehr nachkommen. Auch Deutschland hat die Ablehnung mitbeschlossen. Dies ist ignorant, unklug und unproduktiv. Umfassende nukleare „Modernisierungsprogramme“ heizen das Wettrüsten an. Die Beschaffung neuer Trägersysteme und neuer taktischer Nuklearsprengköpfe sind in Vorbereitung. Konkrete Abrüstungsvorschläge liegen nicht vor und die Verlängerung des New START-Vertrages steht in den Sternen. Sie werden in der Erklärung nicht einmal erwähnt.

Wir betonen:

Der Atomwaffenverbotsvertrag, der von der überwiegenden Mehrheit der Nichtnuklearwaffenstaaten unterstützt wird, wird am 22. Januar 2021 in Kraft treten und damit Bestandteil des Völkerrechts werden.

Angesichts dessen ist die folgende NATO-Erklärung eine Provokation: „Wir akzeptieren kein Argument, dass der Verbotsvertrag die Entwicklung des Völkergewohnheitsrechts widerspiegelt oder in irgendeiner Weise dazu beiträgt.“

Wir erwarten, dass die Bundesregierung auf die Befürworter des Atomwaffenverbotsvertrages zugeht, Verbindungen zum Atomwaffensperrvertrag herstellt, sich damit engagiert für entscheidende Schritte zur atomaren Abrüstung einsetzt und den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.

Mitglieder des Willy Brandt Kreises

Heidmarie Wieczorek-Zeul

Peter Brandt

Daniela Dahn

Rainer Land

Hans Misselwitz